

2.1. Das Streben der Türkei nach Hegemonie im Nahen Osten

Tannas Michel und Günter Seufert

Jahrzehntlang galt die Türkei als unverzichtbarer Sicherheitspartner des Westens. Dies, aber auch ihre Mitgliedschaft in der NATO und im Europarat, ihre lange parlamentarische Tradition und ihre säkulare kulturpolitische Ausrichtung auf Europa führten dazu, dass Ankara bereits 1970 eine Perspektive auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union erhielt. Zwar verhinderten eine Reihe von schweren innenpolitischen und ökonomischen Krisen des Landes rasche Fortschritte im Mitgliedschaftsprozess zur EU. Die NATO-Mitgliedschaft und die Westanbindung galten jedoch stets als gesichert. Heute jedoch wird die sicherheitspolitische Verlässlichkeit der Türkei infrage gestellt. Aktuelle Stichworte sind der Umgang mit dem sogenannten ‚Islamischen Staat‘ und die Syrienpolitik Ankaras. In den Jahren davor hatte die vorübergehende Annäherung Ankaras an Teheran, die rapide Verschlechterung der türkischen Beziehungen zu Israel und bis vor Kurzem eine neue Rhetorik von einer strategischen Partnerschaft mit Moskau zu Zweifeln an der Vereinbarkeit sicherheitspolitischer Ziele Europas und der Türkei geführt. Im Hintergrund dieser schrittweisen Entfremdung der Türkei von Europa und den USA stehen das Ende des Kalten Krieges, das Ankara einen größeren Spielraum verschaffte, der wirtschaftliche Aufschwung des Landes, die 2002 mit dem Amtsantritt der Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) einsetzende lange Phase politischer Stabilität und ein neues Verständnis von der Identität der Türkei, das sich in ihrer Innen- und Außenpolitik niederschlägt.

Diese Entwicklung ist für Europa auch sicherheitspolitisch in hohem Maße brisant, erlebt der Nahe Osten doch eine Periode des Staatszerfalls, die eine neue Dimension des islamistischen Terrorismus und Flucht- und Migrationsbewegungen ungeahnten Ausmaßes mit sich bringt. Diese setzen die sicherheitspolitische Kooperation mit der Türkei erneut auf die Tagesordnung. Doch es ist keineswegs ausgemacht, dass die Türkei willens und in der Lage ist, die von Europa gewünschte Rolle zu spielen.

Die neue Außenpolitik

Der heutige Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu gilt als außenpolitischer Vordenker der AKP. Er nimmt die Türkei primär als den Erben des Osmanischen

Reiches wahr, das nicht nur in seiner Identität und Politik europäische, asiatische und nahöstliche, sprich islamische, Dimensionen erfolgreich vereinigt habe, sondern auch ein vom Westen unabhängiges Machtzentrum gewesen sei. Gefordert sei demgemäß eine vielseitige Außenpolitik, in der sich die Orientierungen auf Europa, Asien und den Nahen Osten nicht ausschließen, sondern ergänzen. Wirtschaftliches Wachstum, allseitige regionale Kooperation und eine vorausschauende Diplomatie sollen sich gegenseitig verstärken und die Türkei zu einem unverzichtbaren Partner aller ihrer Nachbarregionen machen. Zwar sei die Westanbindung weder sicherheitspolitisch (NATO) noch innen- und wirtschaftspolitisch (EU) in Frage zu stellen, doch eine originäre Gestaltungsrolle für die Türkei sieht Davutoğlu im Nahen Osten, wo Ankara zum entscheidenden Akteur der zukünftigen Entwicklung werden soll.

Seiner neuen Vision gemäß war Ankara ab Mitte der 2000er Jahre darauf bedacht, sich in verschiedenen Arenen der internationalen Politik zu engagieren und in Konflikten die Rolle des Moderators zu übernehmen. Auf dem Balkan vermittelte die Türkei zwischen Bosnien-Herzegowina und Serbien, im Nahen Osten zwischen Israel und Syrien und auf globaler Ebene arbeitete sie zusammen mit Brasilien in der Nuklearfrage einen Kompromiss mit dem Iran aus, der allerdings am Widerstand der USA scheiterte. Die Neuausrichtung der türkischen Außenpolitik zeigte sich jedoch insbesondere im Nordirak und in Syrien.

Im Nordirak befreite sich die Türkei Schritt für Schritt von den selbst auferlegten Grenzen ihrer Kurdenpolitik und wurde zum wichtigsten Wirtschaftspartner des kurdischen Teilstaats im Nordirak. Dabei hatte Ankara die Entstehung des kurdischen Teilstaats erbittert bekämpft, fürchtete es doch Autonomiebestrebungen der türkischen Kurden/-innen und sah deshalb kurdische Selbstverwaltung im Irak als direkte Bedrohung seiner eigenen territorialen Integrität.

In Syrien sah Ankara über Bedenken der USA hinweg und begann eine intensive diplomatische, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit mit Damaskus. Diese Kooperation ermöglichte es dem Assad-Regime, die Isolation durch die westliche Staatengemeinschaft zu durchbrechen. In den Vorstellungen Davutoğlus spielte Syrien eine Schlüsselrolle. Es galt als Tor zur arabischen Welt und die politische und wirtschaftliche Anbindung Syriens und später Jordaniens und des Libanon – die arabischen Kerngebiete des Osmanischen Reichs – wurde als entscheidender Schritt zur nahöstlichen Verankerung der Türkei gesehen.

Innenpolitische Faktoren

Ermöglicht wurde diese Wende in der türkischen Außenpolitik durch profunde Veränderungen im Inneren, wo die anfangs moderat-islamische Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) seit 2002 alle Wahlen ohne Mühe so hoch gewann, dass sie ununterbrochen allein regieren konnte. Die parlamentarische Hegemonie der AKP ist das Resultat der erfolgreichen Integration des konservativ-religiösen Teils der Bevölkerung nicht nur in die Politik, sondern auch in die Wirtschaft, in die Medienlandschaft, in die Bürokratie und in die Universitäten. Eine neue konservative Mittelklasse hat es vermocht, das frühere Monopol der eher säkulareren, türkisch-nationalistischen Elite über all diese Bereiche zu brechen. Sie hat eine neue gesellschaftliche Normalität etabliert, in der eine betont islamische Identität nicht länger ein Hindernis, sondern eher ein Vorteil für gesellschaftlichen Aufstieg ist. Die stärkere Betonung muslimischer Identität erlaubte es, den türkischen Nationalismus etwas zu relativieren, und die AKP hoffte, die Kurdenfrage über die Betonung muslimischer Brüderlichkeit zu lösen. Die ethnische Identität der Kurdinnen und Kurden und ihre Sprache wurden im Rahmen der individuellen Freiheiten anerkannt und 2013 offiziell Friedensverhandlungen mit der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) initiiert.

Auch wenn man im Westen die sich verschlechternden Beziehungen Ankaras zu Israel mit Sorge betrachtete, galt die Türkei damals weithin als ein Modell für die Entwicklung anderer muslimischer Länder. Schließlich vereinigte sie ihre neu betonte muslimische Identität mit einer säkularen, parlamentarischen Regierungsform. Sie stand weitgehend über den konfessionellen (schiiitisch/sunnitisch) und nationalen (persisch/arabischen) Konfliktlinien des Nahen Ostens und galt zudem als verlässlicher Partner des Westens. In Ankara sah man das eigene Land nicht nur als den *rising star* der Region, sondern auch als ein Musterbeispiel für die *emerging markets* und damit als einen zukünftigen globalen *Player*.

Zwei eng miteinander verwobene Entwicklungen, eine in der Innen- und eine in der Außenpolitik, führten dazu, dass die Türkei ihren Ruf als Modell für den Nahen Osten und ihren eben erst gewonnenen Einfluss in der Region verspielte.

*Vom demokratischen Modell für die islamische Welt zur
Einpersonenherrschaft Recep Tayyip Erdoğan*

Innenpolitisch hatte die Regierungspartei 2007 eine halbherzige Intervention des Militärs überstanden. Ein Jahr später war die Partei nur knapp einem Verbot durch das Verfassungsgericht entgangen. In den darauf folgenden Jahren konnte die Regierung sich durch eine Reihe von teilweise zweifelhaften Strafprozessen der politischen Vormundschaft des Militärs entledigen. Damit verlor die AKP-Führung ihr Interesse an der weiteren Demokratisierung der Türkei.

Von einer ideologisch tief zerstrittenen Opposition weitgehend unbeheligt ließ sich der AKP-Vorsitzende und Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan am 10. August 2014 zum Staatspräsidenten wählen. Es war die erste Direktwahl für dieses Amt in der Türkei und Erdoğan nutzte diesen Umstand dafür, seine Kampagne für ein „türkisches Präsidialsystem“ zu verstärken, das absolute Machtfülle für den Amtsinhaber vorsieht. Er verfolgt dabei zwei Strategien. Um bei einem zukünftigen Referendum über eine neue Verfassung zur Einführung des Präsidialsystems eine Mehrheit zu garantieren, polarisiert er die Gesellschaft durch einen extrem türkisch-nationalistischen, anti-kurdischen und anti-westlichen Diskurs, der auch vor der Politisierung des sunnitischen Islam nicht zurückschreckt. Andererseits baut Erdoğan seine tatsächliche Macht dadurch aus, dass er die kritische Presse zum Schweigen bringt, eine ihm nahestehende Presse organisiert, Geheimdienste und Polizei unter seine Kontrolle bringt und unablässig Druck auf die Justiz ausübt. Über die Rückkehr zu einer unnachgiebigen Kurdenpolitik und die Verfolgung seiner ehemaligen Verbündeten von der Gemeinde um den islamischen Prediger Fethullah Gülen, die dem Militär stets ein Dorn im Auge war, sichert er den Schulterschluss mit dem Militär. Der von Erdoğan und der AKP-Regierung betriebene Rückbau der türkischen Demokratie hat heute ein Ausmaß angenommen, das es nicht mehr erlaubt, davon auszugehen, dass die Türkei die politischen Kriterien von Kopenhagen¹ erfülle – eine zentrale Voraussetzung für die Eröffnung (und Weiterführung) von Beitrittsgesprächen zur Europäischen Union.

Mit der PKK hatte die Regierung im November 2012 indirekte Verhandlungen aufgenommen und die Waffen schwiegen. Doch als die legale kurdische Demokratische Partei der Völker (HDP) im Wahlkampf gegen Erdoğan mobilisierte und bei den Parlamentswahlen am 7. Juni 2015 ihr Stimmenzuwachs die absolute Mehrheit der AKP verhinderte, schaltete Erdoğan auf be-

¹ Nämlich institutionelle Stabilität, Rechtsstaatlichkeit, Wahrung der Menschenrechte und Schutz von Minderheiten.

dingungslose Konfrontation um. Auf seine Order hin wurden die Verhandlungen abgebrochen, die HDP mit der PKK gleichgesetzt und dadurch desavouiert. Der bewaffnete Kampf begann erneut und in den ersten Monaten 2016 wurden ganze Stadtteile kurdischer Städte verwüstet.

Das Scheitern des Arabischen Frühlings und das Versagen der türkischen Außenpolitik

Außenpolitisch veränderten die Umbrüche in der arabischen Welt ab 2011 die regionalpolitischen Parameter und damit auch die Strategie der türkischen Politik. Der relativ schnelle Fall der tunesischen und der ägyptischen Regierungen und das Hervortreten konservativ-sunnitischer Strömungen als starker, wenn nicht stärkster innenpolitischer Akteur in diesen Ländern ließ die AKP auf eine Machtübernahme dieser Gruppierungen auch in Syrien setzen. Ankara bemühte sich in Damaskus deshalb zuerst darum, Baschar al-Assad zur Legalisierung der Muslimbruderschaft und zu ihrer Aufnahme als Partner in die Regierung zu bewegen. Als diese Bemühungen erfolglos blieben, riss die türkische Regierung das Ruder herum und setzte auf die bedingungslose Unterstützung der sunnitisch-arabischen Opposition. Schon im April 2012 forderte Ankara ein militärisches Eingreifen des Westens unter Führung der USA, das es noch wenige Monate zuvor abgelehnt hatte. Doch mittlerweile hatte die Intervention in Libyen stattgefunden, in deren Rahmen die westlichen Staaten das Mandat des UN-Sicherheitsrates überschritten und einen Regimewechsel erzwungen hatten, was Russland zum strikten Gegner jeder weiteren westlichen Intervention werden ließ. In den USA zwang der Wahlkampf um eine zweite Amtsperiode Barack Obama von neuen Abenteuern im Nahen Osten abzusehen. Der Putsch des ägyptischen Militärs gegen den Präsidenten der Muslimbruderschaft Mohammed Mursi am 3. Juli 2013 raubte der Türkei ihren engsten Verbündeten in der Region. Gleich nach dem Putsch machte Saudi-Arabien seine finanzielle Unterstützung des Militärregimes in Ägypten öffentlich. Riad hatte erkannt, dass die Muslimbruderschaft, die ihre Forderungen nach allgemeiner politischer Partizipation auch religiös rechtfertigte, eine ernsthafte Gefährdung für die Legitimation seines Herrscherhauses mit dem Islam darstellt. Für die Türkei, die in Syrien auf die Muslimbruderschaft gesetzt hatte, bedeutete die Positionierung Saudi-Arabiens gegen die Muslimbrüder einen weiteren empfindlichen Rückschlag.

Als sich innerhalb der sunnitischen Opposition in Syrien radikale salafistische und dschihadistische Kräfte durchzusetzen begannen, brach die Spannung

zwischen Westorientierung und Streben nach Hegemonialmacht auf, die in Davutoğlu Politik angelegt ist. Während westliche Länder, allen voran die USA, die Türkei bereits 2013 aufforderten, ihre Unterstützung für dschihadistische Gruppen einzustellen, blieb der Sturz Assads für Ankara weiterhin das absolute Oberziel, dem sich alles andere unterzuordnen hatte. In einer Reihe von Punkten widersprach die Politik Ankaras nun westlichen Sicherheitsinteressen: so beim laxen Vorgehen Ankaras gegen den Transit von Dschihadisten aus Europa und Asien, bei der lang anhaltenden Weigerung der Türkei, sich an einer Bekämpfung des „Islamischen Staates“ (IS) aktiv zu beteiligen und bei der fehlenden Unterstützung oder sogar der Bekämpfung der syrisch-kurdischen Milizen (YPG), die zwar eng mit der PKK verflochten, aber ein wirksames Instrument gegen den IS sind.

Ankaras Syrienpolitik im Einzelnen

Nach den vergeblichen Bemühungen, Assad zu Reformen und zur Kooperation mit der Muslimbruderschaft zu bewegen, arbeitete Ankara konsequent auf den Sturz der syrischen Regierung hin. Bereits 2012 nutzte die Türkei den Gipfel der „Freunde Syriens“² in Istanbul dazu, die Ächtung des Regimes und die internationale Anerkennung des „Syrischen Nationalrats“³ als legitime Exilregierung Syriens zu fordern. Die Türkei drängte auf die sofortige Bewaffnung der Opposition und stellte damit – zusammen mit Frankreich und Katar – die Weichen für die Militarisierung des Konflikts. Schon damals forderte Ankara die Einrichtung von Flugverbots- und Sicherheitszonen, was offiziell mit dem Schutz von Zivilbevölkerung und Flüchtlingen begründet wurde, aber mindestens ebenso sehr auf das Ausschalten der syrischen Luftwaffe und damit auf die Unterstützung der bewaffneten Opposition gerichtet war. Der Wunsch der türkischen Regierung, dem die USA, die Niederlande und die Bundesrepublik für einige Jahre entsprachen, das Patriot-Raketenabwehrsystem von NATO-

2 Die Friends of Syria konstituierten sich im Februar 2012, nachdem Russland und China im UN-Sicherheitsrat ihre Zustimmung zu einer Resolution verweigert hatten, die den Einsatz militärischer Mittel in Syrien völkerrechtlich erlaubt hätte. Es handelt sich dabei um einen Arbeitszusammenhang unter Führung der USA, dem neben den großen europäischen Staaten (außer Russland), die Türkei, Jordanien, Ägypten, Saudi-Arabien und Katar angehören. Die Gruppe unterstützte den Syrischen Nationalrat, in dem die syrische Muslimbruderschaft prominent vertreten war.

3 Der Syrische Nationalrat formierte sich im August 2011 unter dem Einfluss der türkischen Regierung in Istanbul und wurde von Beginn an dahingehend kritisiert, dass er islamisch/islamistischen Kräften zu viel Raum gewähre und seine Mitglieder größtenteils aus der syrischen Auslandsopposition kämen.

Mitgliedstaaten in der Türkei zu stationieren, kann als Versuch der Türkei verstanden werden, die NATO zu einem Engagement in Syrien zu bewegen. Denn eine Bedrohung der Türkei durch das syrische Regime hat niemals bestanden. Es war im Gegenteil die Türkei, die im Juni 2012 ein Kampfflugzeug in den Luftraum des Nachbarlandes schickte, um die syrische Luftabwehr zu testen. Die türkische Kritik am Zögern des Westens in Syrien militärisch einzugreifen, richtete sich bald auch auf die Vereinten Nationen, denen Erdoğan im November 2012 rundweg die Legitimation absprach.⁴ Ankaras Unmut erreichte nach dem immer noch ungeklärten⁵ Giftgasangriff von Ghuta im August 2013 seinen Höhepunkt. Ein alarmierender Hinweis auf die eskalierende Politik der Türkei waren die im März 2014 veröffentlichten illegalen Mitschnitte einer Beratung im Außenministerium, auf der erwogen wurde, einen Raketenangriff auf die Türkei aus Syrien zu fingieren, um so Legitimation für einen militärischen Eingriff in Syrien zu haben.⁶

Die Rolle der Türkei bei der Formierung der sunnitischen Opposition

Bei der Formierung der syrischen Opposition spielte die Türkei eine zentrale Rolle. Vertreter des Nationalen Koordinationsrats für Demokratischen Wandel, der zu Beginn der Proteste große Teile der nicht-islamistischen zivilen Opposition vereinte, beschuldigen den damaligen türkischen Außenminister Ahmet Davutoğlu, zur Spaltung der Opposition und zur Militarisierung des Konflikts beigetragen zu haben. So habe sich die Türkei früh offen pro-sunnitisch positioniert. Sie habe den Alawiten Syriens die Zugehörigkeit zum Islam abgesprochen, das Baath-Regime als die politischen Repräsentanten der Alawiten bezeichnet und damit auf die Konfessionalisierung des Konflikts hingewirkt.⁷ Von Beginn an hat sich die Türkei auch gegen eine Kooperation mit der Partei der demokratischen Union (PYD), der stärksten kurdischen Vertretung in Syrien, gewandt und im Syrischen Nationalrat die Kräfte unterstützt, die fortführen, Syrien als rein arabischen Staat zu definieren und sich weigerten, den

4 Die Vereinten Nationen könnten nicht den Anspruch erheben für die Welt zu sprechen, da im Sicherheitsrat kein einziges muslimisches Land vertreten sei. Es gehe nicht an, dass die Geschehnisse der Menschheit von nur 15 Staaten abhängen. So Erdoğan am 19.11.2012 auf dem 8. Eurasischen Islamrat in Ankara, <http://tinyurl.com/hp7g3eb>.

5 <http://tinyurl.com/jnh349z> und <http://tinyurl.com/pkzrbey>. Ein späterer Bericht des Human Rights Council der UN vom 13.8.2014 (A/HRC27/60) beschuldigt das Regime des Einsatzes von Chlorgas in Idlib und Homs im April 2014.

6 Hasnain Kazim, Neue Video-Leaks: Erdoğan lässt YouTube sperren, 27. März 2014, <http://tinyurl.com/puje9t5>.

7 Samir Aita, Redakteur von Le Monde Diplomatique Arabisch im Gespräch mit Fehim Tastekin, 27.1.2014, <http://tinyurl.com/je24n9m>.

Kurden/-innen in einem Syrien nach Assad einen in der neuen Verfassung garantierten politischen Status als nationale Minderheit zu gewähren.

Der Syrische Nationalrat formierte sich in der Türkei, in Antalya und Istanbul, und auch bei der Bildung der Freien Syrischen Armee (FSA) hat die Türkei entscheidend mitgewirkt. Sie hat die ersten Flüchtlingslager in Hatay (Alexandrette) direkt an der syrischen Grenze gegründet und sowohl dem UNHCR als auch den Abgeordneten des eigenen Parlaments den Zugang zu den Lagern verweigert. Eine Zeit lang wurden die Lager, zu denen als einzige türkische NGO die islamistische Humanitarian Relief Foundation (IHH) Zutritt hatte, gemäß eines Erlasses betrieben, der nie veröffentlicht und selbst vor dem Parlament geheim gehalten wurde. All dies deutet darauf hin, dass die Flüchtlingslager damals als Regenerations- und Rekrutierungszentren für die bewaffnete Opposition genutzt worden sind.

Mit der Schwächung der moderaten sunnitischen Opposition und dem Zerfall der Freien Syrischen Armee hat sich die Türkei der Förderung salafistischer Gruppen verschrieben, die ihrerseits immer wieder mit dschihadistischen Gruppen kooperierten. Die Türkei unterstützt besonders *Ahrar al-Scham* (Islamische Bewegung der freien Männer der Levante), einen salafistischen Verband, der mit der *al-Nusra*-Front, dem Ableger *al-Qaidas* im Irak und Syrien, kooperiert. Beide Gruppen beteiligen sich außerdem an der sogenannten Islamischen Front, die als Dachverband fungiert. Trotz ihrer Kooperation mit *al-Nusra* sind die *Ahrar* international bislang nicht als Terrororganisation eingestuft. Doch die Türkei hat zumindest punktuell auch *al-Nusra* direkt unterstützt, so bei der Eroberung des armenischen Marktflückens Kessab im März 2014, als *al-Nusra* die armenische Siedlung auch von der Türkei aus angreifen konnte.

Die neueste taktische Ausrichtung der Türkei besteht in einer Verstärkung der Kooperation mit Saudi-Arabien und den Golfstaaten. Der neue saudische König Salman versucht, eine sunnitische Allianz zu schmieden und auch die Türkei einzubinden. Ankara beteiligt sich an der Unterstützung der sogenannten Armee der Eroberung, die sich im März 2015 unter saudischer Initiative gebildet hat und in der sowohl kleinere Verbände der Muslimbrüder als auch *Ahrar* und die *Nusra*-Front aktiv sind. Zwar ist das Assad-Regime der primäre gemeinsame Feind, doch verbinden die Türkei und die Golfstaaten auch die Ablehnung der Forderungen nach Autonomie und Selbstverwaltung, die die syrischen Kurdinnen und Kurden im arabisch dominierten Syrien stellen.

Im bislang letzten Kapitel des Syrienkriegs haben das Eingreifen Russlands, der unüberlegte türkische Abschuss eines russischen Kampfflugzeugs und die Bereitschaft der USA, mit Russland zu kooperieren, dazu geführt,

dass die Türkei diplomatisch und militärisch an den Rand gedrängt worden ist. Umso stärker klammert sich Ankara an die Kooperation mit Saudi-Arabien und den Golfstaaten. Gemeinsam mit Riad versucht die Türkei, möglichst viele sunnitische Rebellen von der Eingruppierung als „Terrororganisation“ zu bewahren, um bei der künftigen Entwicklung Syriens weiter mitmischen zu können. Sie teilt die Priorität des Westens – Kampf gegen den IS – nicht, will die sich abzeichnende Konsolidierung des Assad-Regimes und die starke militärische Präsenz Irans und Russlands in Syrien, aber auch die Ausdünnung der moderaten sunnitischen Opposition nicht akzeptieren. Damit wird die Türkei zum potenziellen *Spoiler* der Genfer Friedensverhandlungen, die genau vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen begonnen haben.

Ankaras Kurdenpolitik in Syrien

Das Verhältnis Ankaras zu den Kurden Syriens wird einerseits von der traditionellen Kurden-Phobie der türkischen Republik bestimmt, die auch für die lang anhaltende türkische Ablehnung des irakisch-kurdischen Teilstaats verantwortlich war. Dass die Türkei auf die Autonomiebestrebungen der syrischen Kurden noch aggressiver als damals reagiert, hat mehrere Gründe. Kurdische Autonomie in Syrien bedeutet erstens eine weitere Internationalisierung der kurdischen Frage und damit einen erneuten Schritt zur Normalität kurdischer Staatlichkeit. Die syrischen Kurden stehen zweitens – was Sprache und Verwandtschaftsbeziehung betrifft – den Kurden der Türkei näher als die Kurden des Irak. Drittens ist die politisch und militärisch bestimmende kurdische Organisation in Syrien die PYD – eine Gründung der PKK, mit der die Türkei seit über 30 Jahren in einem bewaffneten Konflikt steht. Und viertens ermöglicht der Krieg in Syrien indirektes und direktes militärisches Engagement der Türkei gegen die Kurden des Nachbarlandes, was im Irak in dieser Form nicht gegeben war. Die Türkei hat sich vehement gegen die Ausrufung der drei autonomen kurdischen Kantone in Nordsyrien gewandt. Ihre Führung hat die dortigen kurdischen Milizen wiederholt mit dem IS gleichgesetzt und als Terroristen abgetan. Im Herbst und Winter 2014 wartete Ankara offensichtlich darauf, dass die kurdische Grenzstadt Kobane vom IS erobert und damit den Autonomiebestrebungen der Kurden der Garaus gemacht würde. Die erfolgreiche Verteidigung der Kantone und die anschließenden militärischen Erfolge der kurdischen Milizen gegen den IS gelten weithin als maßgebliche Gründe dafür, dass die Türkei den Friedensprozess mit der PKK abgebrochen und schwere Bombardierungen der zentralen PKK-Basen im Nordirak und kurdischer Städte im Südosten der Türkei, die Hochburgen der HDP und PKK sind,

begonnen hat. Die Intervention Russlands in Syrien verstärkte die Stellung der Kurden – zumindest kurzfristig – ein weiteres Mal. Sie waren nun in der Lage, der Unterstützung der US-Luftwaffe in ihrem Kampf gegen den IS im Osten Syriens noch den Beistand russischer Kampfjets im Westen hinzuzufügen und dort – direkt an der Grenze zur Türkei – gegen von der Türkei unterstützte salafistische Gruppen vorzugehen. Ankara reagierte darauf mit dem Beschuss von YPG-Stellungen von türkischem Boden aus und machte sich damit zu einem Störfaktor für die Friedensverhandlungen in Genf.

Ankaras Haltung zum IS

In vielen Berichten wird die Türkei der verdeckten, aber auch der direkten Unterstützung der Terrororganisation beschuldigt.⁸ Im Einzelnen wird der Türkei die Bewaffnung von IS-Kämpfern, ihr Transport und ihre logistische Unterstützung, die Ausbildung von Kämpfern, die Behandlung verletzter Kombattanten, die finanzielle Unterstützung der Organisation u.a. durch die Ermöglichung von Erdölexport, Hilfe bei der Rekrutierung von Kämpfern und sogar direkter militärischer Beistand vorgeworfen.⁹ Folgendes steht zweifelsfrei fest. Da ist das außergewöhnliche ‚Verständnis‘, mit dem der IS in der Türkei anfänglich rechnen konnte. Für den damaligen Außenminister Ahmet Davutoğlu war der IS noch im August 2014 weniger eine Terrororganisation als der Ausdruck nachvollziehbaren Zorns der sunnitischen, „in großer Mehrheit turkmenischen“, aber auch arabischen und kurdischen Jugend der Region auf politische Marginalisierung und kulturelle Zurücksetzung.¹⁰

Bei der Bekämpfung des IS hält sich die Türkei bis heute sehr zurück. Fast ein Jahr lang – vom August 2014 bis zum Juni 2015 – hat sie sich von den USA um die Nutzung ihres Luftwaffenstützpunktes Incirlik bitten lassen und die USA waren gezwungen, die Angriffe vom 1.200 Meilen entfernten Kuwait aus zu fliegen. Ankara gewährte den USA die Erlaubnis erst am 22. Juli 2015. Nur zwei Tage später begann die Türkei selbst schwere Bombardierungen. Diese richteten sich allerdings nicht gegen den IS, der am 20. Juli bei einem Anschlag im türkischen Suruç 32 linke und kurdische Aktivisten/-innen ermordet hatte. Die Türkei bombardierte vielmehr Stellungen der PKK, die als Antwort auf die Attacke des IS, den sie mit dem türkischen Geheimdienst im Bunde sah, den

8 Turkey ‚aided Islamist fighters‘ in attack on Syrian town, The Telegraph, 15 March 2016, <http://tinyurl.com/hajmaqax>. Turkey accused of colluding with Isis to oppose Syrian Kurds and Assad following surprise release of 49 hostages, Independent, 21 September 2014, <http://tinyurl.com/hpse8lc>.

9 Siehe dazu David Phillips, ISIS-Turkey Links, <http://tinyurl.com/lzjqo68>.

10 Zitiert nach Kemal Göktas, Cumhuriyet vom 16.10.2015, <http://tinyurl.com/hxsyeej>.

Krieg gegen die Türkei erneut aufgenommen hatte. Erst nach dem Anschlag auf die Teilnehmer/-innen einer Friedensdemonstration am 10. Oktober 2015 in Ankara mit 107 Toten und über 500 Verletzten begann die Türkei ernsthaft mit der Bombardierung von Stellungen des IS.¹¹

Ähnlich lax war lange die Beobachtung und Festsetzung von Zellen des IS in der Türkei. Im Juni 2015 verwies der ehemalige türkische Außenminister Yaşar Yakış auf die paradoxe Situation, dass ausländische Journalisten eine Fülle von Beispielen für Reisen ausländischer Dschihadisten zum IS über die Türkei dokumentiert hätten, die Behörden aber nicht tätig würden. Offensichtlich wurde die Untätigkeit von Geheimdienst und Polizei bei dem Anschlag des IS in Ankara im Oktober 2015. Einer der beiden Täter war Mitglied derselben türkischen Zelle des IS wie die Attentäter zweier vorangegangener Anschläge, und die Zelle war Monate davor Gegenstand kritischer Medienberichterstattung gewesen. Von einem konsequenten Vorgehen gegen Strukturen des IS in der Türkei kann erst seit dem Attentat vom 12. Januar 2016 gesprochen werden, das der IS im Zentrum der historischen Altstadt Istanbuls auf eine deutsche Touristengruppe verübte und damit erstmals direkt gegen wirtschaftliche Interessen der Türkei handelte.

Verhältnis zur Europäischen Union

Die Flüchtlingskrise hat deutlich gemacht, wie sehr die EU angesichts des Staatszerfalls im Nahen Osten in Fragen wie Migration und Sicherheit auf die Kooperation mit Ankara angewiesen ist. Denn die EU hat sich als unfähig erwiesen, ein dazu alternatives gemeinsames Projekt auch nur gedanklich zu entwickeln. Dies allein ist der Grund für den gemeinsamen Aktionsplan der EU mit der Türkei, der seit dem 15. Oktober kontinuierlich fortgeschrieben und ausgestaltet wird.¹² Er sieht neben einer finanziellen Lastenteilung der EU mit der Türkei die Unterbindung irregulärer Migration von der Türkei nach Griechenland, die Rückführung über die Ägäis eingereister Flüchtlinge von Griechenland in die Türkei und im Gegenzug die reguläre Aufnahme von in der Türkei registrierten syrischen Flüchtlingen in Mitgliedstaaten der EU vor. Nicht weniger zentral jedoch ist die Türkei auch für die europäische Energiesicherheit, für den Wiederaufbau Syriens und des Irak sowie für die Ausbalancierung des gewachsenen russischen Einflusses. Dies gilt unabhängig von aller gerechtfertigten Kritik an den diktatorischen Tendenzen der Politik

¹¹ Hürriyet vom 18.10.2015, <http://tinyurl.com/zz9ol6t>.

¹² Die chronologische Entwicklung der EU-Flüchtlingskooperation mit der Türkei mit Links zu den entsprechenden Dokumenten siehe: <http://tinyurl.com/j3bmo4a>.

Erdoğan und an der Restauration des autoritären Staates. Angesichts dessen sollte die EU die Forderung der türkischen Regierung nach einer Belebung des Beitrittsprozesses als Chance und nicht als Bedrohung werten. Denn es war offensichtlich der Status des Landes als Beitrittskandidat zur EU, der Brüssel in der zweiten Hälfte der 1990er und der ersten Hälfte der 2000er Jahre die größten Möglichkeiten an die Hand gab, auf die türkische Politik einzuwirken. Die EU muss deshalb die Kröte schlucken, den Beitrittsprozess mit einem Land voranzutreiben, das normativ betrachtet die Voraussetzungen dafür nicht mehr erfüllt.

Für die Türkei und ihre Kooperationsbereitschaft in der Flüchtlingskrise noch weit wichtiger als der Beitrittsprozess ist freilich die alsbaldige Gewährung der Visafreiheit für türkische Staatsbürger im Schengen-Raum. Auch hier sollte die EU großzügig sein. Denn einerseits wurde die Türkei im Vergleich mit den Staaten des westlichen Balkans, deren Bürger bereits seit mehreren Jahren visafrei reisen können, in dieser Frage bislang benachteiligt. Andererseits stärkt die Visafreiheit nicht nur den wirtschaftlichen, sondern auch den zivilgesellschaftlichen Austausch des Landes mit Europa, worauf die türkische Zivilgesellschaft heute mehr denn je angewiesen ist. Umgekehrt braucht es für jede Einwirkung Brüssels auf die türkische Politik die Unterstützung von Teilen der intellektuellen und politischen Elite, die sich heute von Europa im Stich gelassen fühlt. Vor diesem Hintergrund ist die Visafreiheit ein starkes Signal für die Ernsthaftigkeit der EU den Prozess voranzutreiben.

Nicht nachgeben darf die EU auch im eigenen Interesse bei all den Kriterien, deren Erfüllung die Einstufung der Türkei als für Flüchtlinge aus Syrien sicheren Drittstaat ermöglichen und rechtfertigen. Dazu gehören insbesondere die Nichtabschiebung von syrischen Flüchtlingen, die Wahrung ihrer Menschenrechte, ihre Sicherheit vor politischer Verfolgung und Diskriminierung sowie der Zugang des UNHCR zu Flüchtlingsunterkünften.¹³ Brüssel muss außerdem auf Mitsprache und Transparenz bei der Verwendung der insgesamt sechs Milliarden Euro drängen, die Ankara für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Flüchtlingen zugesagt worden sind. Die EU soll außerdem auf der Einbindung von internationalen NGOs bestehen und darauf achten, dass diese im Rahmen der internationalen Kooperation weitgehend selbstbestimmt tätig werden können. Wie aus den bisherigen Reformen im Rahmen des Beitrittsprozesses zu vermuten, wird auch bei der Zusammenarbeit im Rahmen der Flüchtlingskrise eine strikte Kontrolle der Implementierung neuer türkischer Gesetze erforderlich sein.

13 UNHCR: Die Genfer Konvention von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge: ihre Bedeutung in der heutigen Zeit, <http://tinyurl.com/gv764c4>.